

Wir wollen,
dass Sie
sicher leben.



Ihre Polizei

PRESSEDIENST POLIZEILICHE KRIMINALPRÄVENTION

Informationen zur Kriminalprävention für Journalisten auf einen Klick: www.polizei-beratung.de/presse

13. Dezember 2004

PRESSE - INFORMATION

Polizei warnt eindringlich vor Betrug mit Kreditvermittlung

Geldhaie schnappen sich Vorauszahlung

Polizei, Verbraucherzentralen und offizielle Schuldnerberatungen machen in gemeinsamer Aktion gegen kriminellen Geld-Vermittler mobil

Stuttgart.- Angesichts der jüngsten Zahlen über 3,1 Millionen überschuldeter Haushalte warnt die Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes eindringlich vor betrügerischen Kreditvermittlern. Kriminelle Geldhaie machen sich die oft ausweglos erscheinende Zwangslage ihrer Opfer zunutze. „Bargeld ohne lästige Bankgespräche“, „Geld im Handumdrehen“ oder „Sofort schuldenfrei“ – mit diesen oder ähnlich vollmundig klingenden Versprechungen locken unseriöse Kreditvermittler in Zeitungsanzeigen ihre potenziellen Opfer. Meist haben sie es dabei aber nur auf rechtswidrige Vorauszahlungen abgesehen, auf den erhofften Kredit „kann man dann bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten“, wie es in der Polizei-Mitteilung heißt.

Etwas über acht Prozent aller Haushalte gelten als überschuldet. Arbeitslosigkeit, ungenügendes Einkommen, Trennung oder Schei-

PRESSEKONTAKT

Seite 1 von 6

PROGRAMM POLIZEILICHE KRIMINALPRÄVENTION der Länder und des Bundes (ProPK)
ZENTRALE GESCHÄFTSSTELLE

c/o: LANDESKRIMINALAMT BADEN-WÜRTTEMBERG
Taubenheimstraße 85 × 70372 Stuttgart
Telefon (0711) 54 01-20 62 × Fax (0711) 2 26 80 00
E-Mail info@polizei-beratung.de × Internet www.polizei-beratung.de



Informationen zur Kriminalprävention für Journalisten auf einen Klick: www.polizei-beratung.de/presse

derung, Krankheit oder eine gescheiterte Selbstständigkeit sind häufig die Ursachen dafür. Wenn der Kreditrahmen bei der Hausbank bereits ausgeschöpft ist, geraten viel Betroffene in ihrer Existenzangst in Panik. Darauf setzen kriminelle Kreditvermittlungs-Betrüger: Ihre Zeitungsanzeigen versprechen „Bargeld per Post“, „Darlehen auch für Arbeitslose ohne Schufa-Auskunft“ oder verheißen ein neues sagenhaftes „Finanzierungsmodell“ als Rettung, wie im Bericht über ein Forschungsprojekt über Kreditvermittlungsbetrug des Bundeskriminalamtes (BKA) nachzulesen ist.

Den Betrügern kommt dabei zupass, dass sie sich in einem gesellschaftlichen Umfeld tummeln, in dem das Schuldenmachen zur Normalität geworden ist - betrug doch im Jahr 2003 das Kreditvolumen zur Konsumfinanzierung in Deutschland 230,9 Milliarden Euro. Die individuelle Kreditsumme sogenannter „Kleinkredite“ bewegt sich dabei in einem Rahmen zwischen 3 000 und 6 000 Euro, so die BKA-Studie.

Um ähnliche Summen geht es auch, wenn betrügerische Vermittler Kredite anpreisen, die sie in Wirklichkeit nicht gewähren wollen. In dem neuen Faltblatt Kreditvermittlungsbetrug „Vorsicht, Geldhaie!“ informiert die Polizei über die Tricks der Betrüger und wie sich der Einzelne dagegen schützen kann

Die Tricks der „Geldhaie“.



Informationen zur Kriminalprävention für Journalisten auf einen Klick: www.polizei-beratung.de/presse

Die Betrüger zielen einzig und allein darauf ab, ihren Opfern rechtswidrige Gebühren, Provisionen oder sonstige Vorkosten aus der Tasche zu ziehen. Dazu werden beispielsweise bei so genannten „Beratungsgesprächen“ den Hilfesuchenden manchmal bis zu zehn Formulare auf einmal zur Unterschrift vorgelegt.

Hat der Kunde die dubiosen Vorausgebühren (im Schnitt 200 bis 300 Euro) zumeist in bar bezahlt, spielen die Betrüger auf Zeit. Sie versprechen die Auszahlung des Kredits in einem Zeitraum von vier bis sechs Wochen, halten die Opfer aber mit immer neuen Ausreden hin. Der Gipfel der Dreistigkeit: Um den Fortgang des Falles vermeintlich zu beschleunigen, bieten die kriminellen Vermittler eine „Schnellbearbeitungsgebühr“ an, bei der die Opfer dann noch einmal geprellt werden. Der sehnlichst erhoffte Kredit bleibt freilich aus und der Vermittler verschwindet auf Nimmerwiedersehen.

Die angegebene Adresse entpuppt sich in solchen Fällen als Büroservice-Unternehmen, wo der Geschäftsverkehr vieler Firmen wie in einer Agentur abgewickelt wird oder aber der Firmensitz befindet sich im Ausland.

„Geldprobleme?- Eine ausländische Bank hilft“, mit diesem oder ähnlich lautenden Inseraten werden nach Beobachtungen des Bundeskriminalamtes in jüngster Zeit Kreditsuchende geködert, die - um an Summen in jeder gewünschten Höhe zu gelangen – lediglich in einem Golfstaat ein Konto eröffnen sollen. Hat man dann einen Obolus zur Abwicklung des Geschäfts überwiesen, ist der Betrogene mehrere tausend Euro ärmer und eine schmerzliche Erfahrung reicher.



Informationen zur Kriminalprävention für Journalisten auf einen Klick: www.polizei-beratung.de/presse

Ein weiterer Trick, mit dem Betrüger aktuell versuchen, Sozialhilfeempfängern, Hausfrauen und Rentnern buchstäblich den letzten Cent aus der Tasche zu ziehen: So genannte „Finanzsanierer“ aus dem Ausland preisen „Sonderprogramme 1 550 bis 50 000 Euro“ an - natürlich ohne Sicherheiten.

Der Haken hier: Die Unterlagen gibt es nur gegen eine Nachnahmegebühr in Höhe von 1 000 Euro. Mit einem Schreiben, das den schnellen Kredit in Aussicht stellt, ist diese Form der Geschäftsbeziehung dann zum Leidwesen des Geprellten abrupt zu Ende und das Geld für immer weg.

Die Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes warnt deshalb gerade Menschen in finanzieller Not eindringlich davor, sich mit dubiosen Kreditvermittlern einzulassen.

Tipps der Polizei zum Schutz gegen Kreditvermittlungsbetrug

- Bezahlen Sie nicht im Voraus. Kein Kreditvermittler hat Anspruch auf Vermittlungsprovision vor der Auszahlung des Kredits.
- Bezahlen Sie nur Aufwendungen, welche konkret für die Bemühungen in Ihrer Angelegenheit entstanden sind - Pauschalen sind unzulässig.
- Vorsicht bei der Aufforderung, zur Verbesserung der Bonität oder als Voraussetzung für die Kreditgewährung weitere Verträge, wie etwa Versicherungen, Sparverträge oder Firmenbeteiligungen, abzuschließen. Grundsätzlich ist das Eingehen



Informationen zur Kriminalprävention für Journalisten auf einen Klick: www.polizei-beratung.de/presse

neuer Zahlungsverpflichtungen nicht geeignet, die Bonität zu erhöhen.

- Bei Rechtsgeschäften im Ausland ist besondere Aufmerksamkeit geboten. Selbst für erfahrene Kaufleute bedeutet dies ein erhöhtes Risiko.
- Besondere Vorsicht ist beim Anrufen von 0190-, 0900- oder 118-Nummern geboten. Schon eine einminütige Verbindung oder Warteschleife kann mehrere Euro kosten.
- Nehmen Sie Abstand von dem Geschäft, wenn Ihnen ein Verhalten im Zusammenhang mit der Kreditvermittlung verdächtig vorkommt.
- Wenden Sie sich schnellstmöglich an die Polizei, wenn Sie das Gefühl haben oder gar wissen, dass Sie auf Betrüger hereingefallen sind und erstatten Sie Anzeige.

Wie man sich wirkungsvoll vor solchen Betrügereien schützen kann und woran kriminelle Kreditvermittler zu erkennen sind, zeigt das neue Faltblatt der Polizei „Vorsicht, Geldhaie!“. Es liegt bei jeder Polizeidienststelle kostenlos bereit. Weitere Informationen dazu sind auch im Internet unter www.polizei-beratung.de abrufbar.

Unterstützt wird die Aufklärungskampagne zum Schutz vor Kreditvermittlungsbetrug von den Verbraucherzentralen und offiziellen Schuldnerberatungsstellen. Auch sie verfügen über die Informationen und Medien der Polizeilichen Kriminalprävention, um die Betroffenen beispielsweise bei Beratungsgesprächen gezielt über die Vorbeugungsempfehlungen zu informieren.

Wir wollen,
dass Sie
sicher leben.



Ihre Polizei

PRESSEDIENST POLIZEILICHE KRIMINALPRÄVENTION

Informationen zur Kriminalprävention für Journalisten auf einen Klick: www.polizei-beratung.de/presse

Zuverlässigen und seriösen Rat – natürlich kostenlos - erteilen die offiziellen Schuldnerberatungsstellen der Gemeinden. Die in jeweiliger Wohnortnähe nächstgelegene Beratungsstelle lässt sich unter www.forum-schuldnerberatung.de oder unter der Telefonnummer 0180 / 5 329 329 (0,12 Euro pro Anruf) schnell und einfach ermitteln. Rat und Hilfe bei Überschuldung und Kreditvermittlung gibt es ebenfalls kostenlos bei allen Verbraucherzentralen (im Internet unter www.vzbv.de oder telefonisch unter der Nummer 030 / 258 00-0).

Weitere Informationen zum Thema „Betrug“ enthalten auch die Faltblätter „Schutz vor Geldanlage-Betrug“ und „Timesharing – So beugen Sie Risiken wirksam vor!“ sowie die Merkblätter „Vorauszahlungsbetrug/Nigeria-Briefe“, „Offertenbetrug“ und „Gewinnbenachrichtigungen“. Diese sind ebenfalls unter der Internetadresse www.polizei-beratung.de downloadbar und außerdem bei jeder Polizeidienststelle erhältlich.